



Liebe Nachbarschaft, Unterstützerinnen und Unterstützer,

**Podiumsdiskussion zu den Vereinbarungen des Bürgervertrags  
„500 Geflüchtete – wirklich zu viel für Poppenbüttel?“**

5.447 von Ihnen hatten „GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL e.V.“ im April 2016 mit Ihrer Unterschrift aufgefordert, unsere vorgelegten Vorschläge für eine ausgewogene Integrationssituation in unserem Bezirk und letztendlich vor Ort in unserem Stadtteil voranzubringen.

In einem von allen Seiten fachlich intensiv vorbereiteten, monatelangen Prozess wurden die **Bürgerverträge** und die längste **Bürgerschaftsdrucksache 21-5231** in der Hamburger Geschichte gemeinsam mit Politik und Verwaltung erarbeitet und durch die Hamburger Bürgerschaft verabschiedet.

- Mit der Unterzeichnung der einzelnen Bürgerverträge für die Quartiere im Hamburger Rathaus durch den heutigen Vizekanzler, die zuständigen Senatoren und die Bezirksamtsleiter und **Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN**, wurde ein **klares Bekenntnis** zu diesen ausgesprochen.
- Mit der **bis heute zuverlässig erfolgten Umsetzung** der Bürgerverträge sind die vereinbarten Rahmenbedingungen für gute Integration in den meisten Quartieren geschaffen worden, insbesondere bei uns in Poppenbüttel.
- Das **beeindruckende Engagement der ehrenamtlichen Helfer** – bei uns im Stadtteil mobilisiert durch Poppenbüttel Hilft e.V. –, der Geflüchteten und der Nachbarschaft vor Ort macht diese gelebte Integration jedoch erst möglich.

Die Rahmenbedingungen der Bürgerverträge wurden nicht von GiP oder unserer Dachinitiative „Hamburg für Gute Integration“ entwickelt, sondern unter Auseinandersetzung mit und Berücksichtigung der Erkenntnisse langjähriger wissenschaftlicher Studien zum Thema Integration, zum Beispiel der Bertelsmann Stiftung, der Robert Bosch Stiftung sowie durch Beratung mit erfahrenen Experten aus der Integrationsarbeit erarbeitet.

- Eine belegte Erkenntnis daraus ist,
  - dass Integration durch **verteilt, reguläres und eigenständiges „Wohnen“** deutlich besser und nachhaltiger gelingt,
  - als in **öffentlich organisierter, verdichteter und eng belegter „Unterbringung“ an einzelnen Standorten** (öffentlich-rechtliche Unterbringung (örU) und darauf basierend das verbesserte Hamburger Konzept „Unterkunft mit Perspektive Wohnen“ (UPW)).
- Erkenntnis der oben genannten Studien zur Größenordnung: ideal wären Standorte mit weniger als 100 Geflüchteten. Denn in Quartieren mit über 300 Neubürgern aus unterschiedlichen Kulturen **Wohnungstür an Wohnungstür an einem Standort** nimmt der Integrationserfolg langfristig deutlich ab.

**Die zu diskutierende Fragestellung lautet also:**

- 500 Geflüchtete – wirklich zu viel **an einem einzelnen öffentlichen Unterbringungsstandort UPW?**  
oder vielmehr:
- Wie schafft Hamburg schneller genug regulären Wohnraum für alle, damit die **Geflüchteten und ihre Familien schnellstmöglich die UPW hinter sich lassen können?**

In der oben genannten Bürgerschaftsdrucksache bekannte sich auch die Hamburger Politik zu diesem Ziel, in den letzten drei und den kommenden Jahren mehr kleinere Wohnstandorte für Geflüchtete zu schaffen und deren **Umzug ins normale Wohnen mit geeigneten Maßnahmen zu fördern**:

- Um notwendige Zeit für die Schaffung dieser in reguläre Wohnviertel integrierten Wohnungen zu ermöglichen, wurde in den Bürgerverträgen **bis Ende 2019** die Flexibilität für größere Standorte geschaffen. Am Poppenbütteler Berg bedeutet dies vorübergehend bis zu **500 Geflüchtete** in der UPW (Unterkunft mit der Perspektive Wohnen) zeitweise unterzubringen.
- Bewusste Anstrengungen von Politik und Verwaltung in den letzten drei Jahren sollten regulären Wohnraum verteilt auf ganz Hamburg – aber auch **in angrenzende Wohngebieten vom Poppenbütteler Berg** schaffen – damit die Geflüchteten im Zuge des Integrationsfortschritts wie geplant aus der öffentlichen Unterbringung UPW (vom Konzept her immer nur eine **vorübergehende Unterbringungssituation**) in eigene Wohnungen ziehen können..
- Die Planungen für einen **Wechsel aus der öffentlich-rechtlichen „Unterbringung“ in reguläres „Wohnen“** für bereits in der Integration fortgeschrittene Geflüchtete zu schaffen, und damit die öffentlich-rechtliche Unterbringung zu reduzieren wurden für andere Standorte, wie beispielsweise den mittleren Landweg und Rehagen in Form von Konzepten zur geförderten Anpassung der örU auf 300 Plätze bereits vorgelegt.
- Für den Standort Poppenbüttel hängen die Planungen trotz mehrerer Gesprächsinitiativen aus den unterschiedlichsten Gründen offensichtlich **im Zeitplan zurück**. Durch eine solche langfristige Belegungsplanung durch den Betreiber „Fördern & Wohnen“ wäre es weiterhin möglich, die angestrebte Zielzahl von 300 Plätzen ohne soziale Härte durch geförderten Umzug aus der Unterbringung UPW in den regulären und finanziell geförderten Wohnungsmarkt in Hamburg zu erreichen.

Poppenbüttel Hilft e.V. regt nun eine öffentliche Diskussion mit der Politik an, **die UPW-Kapazität am Standort Poppenbütteler Berg/ Ohlendiekshöhe abweichend vom Bürgervertrag ab dem 31.12.2019 von den vereinbarten 300 auf 500 Plätze zu erhöhen** und lädt zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein.

- **Informieren Sie sich** vor Ort und bringen Sie sich bei Interesse in die Diskussion mit der Politik ein. Nur so ergibt sich auch für Sie, uns und unsere Volksvertreter ein besseres Meinungsbild für die anstehenden Entscheidungen und auch bevorstehenden Wahlen.
- **Sprechen Sie auch mit Ihren Volksvertreten aus der Politik** auf den anstehenden Bürgergesprächen und Ständen z.B. auf dem Poppenbütteler Wochenmarkt.

*Mit herzlichen Grüßen von Ihrem **GiP** Vereinsteam*

---

### **500 Geflüchtete – wirklich zu viel für Poppenbüttel?**

Poppenbüttel Hilft e.V. lädt öffentlich zu einer Diskussionsveranstaltung ein.

Auf dem Podium:

Dr. Andreas Dressel (Finanzsenator),  
Dr. Niklas Harder Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung Berlin,  
Stanford University, USA) und  
Thomas Littmann (Poppenbüttel Hilft e.V.)

Am Mittwoch, **10. April um 19:30 Uhr**

**In der Aula des Heinrich-Heine-Gymnasiums** (Harksheider Straße 70, 22399 Hamburg).

**Diese Informationen dienen ausschließlich persönlichen und privaten Zwecken.** Sie wurden und werden im privaten Austausch gelesen und unterstützt von Anwohnern aus den Straßen Ihrer Nachbarschaft der umgebenden Wohngebiete in Poppenbüttel.

Die Autoren sind eine Gruppe von Anwohner aus Poppenbüttel und vertreten keine politischen Interessen. Sie übernehmen keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen in diesem Dokument, auch wenn diese nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse einer transparenten Information recherchiert und zusammengestellt wurden. Entsprechend der Transparenz wurden überall, wo vorhanden, Quellenhinweise hinterlegt.

Haftungsansprüche gegen die Autoren, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Im Falle einer Weiterverwendung oder Veröffentlichung dieser Information ist der jeweilige Autor dafür verantwortlich, die Quellenangaben zu überprüfen und seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies gilt auch für die angeführten Internet-Links: Mit Urteil vom 12. Mai 1998 - 312 O 85/98 - "Haftung für Links" hat das Landgericht (LG)Hamburg entschieden, dass man durch das Setzen eines Links, die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann - so das LG - nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert. Hiermit distanzieren wir uns ausdrücklich von dem Inhalt der verlinkten Seiten, die nicht von Gemeinsam in Poppenbüttel e.V. erstellt wurden, sowie davon weiterleitenden Links.